

Ihre Artikelauswahl als PDF



Inhaltsverzeichnis



1. Wahlpolitische Achterbahnfahrt. Wer wählte wen bei der Bundestagswahl 2021? 3

Wahlpolitische Achterbahnfahrt. Wer wählte wen bei der Bundestagswahl 2021?

Von Rüdiger Schmitt-Beck

19.11.2021

ist Professor für Politische Soziologie an der Universität Mannheim. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit liegt in der politischen Einstellungs- und Verhaltensforschung.
schmitt-beck@uni-mannheim.de

Nach einer vorbereitenden Übergangsphase, deren Beginn bei der Bundestagswahl 2005 verortet werden kann, wird die Bundestagswahl 2021 wohl als Wendepunkt in die Wahlgeschichte Deutschlands eingehen. Abschmelzende Bindekraft traditioneller politischer Loyalitäten, steigende Volatilität des Wahlverhaltens, Niedergang der Volksparteien und Fragmentierung des Parteiensystems sowie in der Konsequenz zunehmende Schwierigkeiten der Regierungsbildung bei wachsender Zahl lösungsbedürftiger Großprobleme sind nur einige der Stichworte, die diese bewegte Periode kennzeichnen.[1] Gemessen an diesen Herausforderungen auch für die politikwissenschaftliche Analyse ist das Ziel des vorliegenden Beitrags bescheiden. Es geht um eine erste grobe Bestandsaufnahme der Hintergründe der Parteiwahl bei der Bundestagswahl 2021. Auf Basis des ersten zu dieser Wahl verfügbaren Datensatzes der *German Longitudinal Election Study (GLES)* wird bewährtes theoretisches und methodisches Besteck eingesetzt, um in querschnittlicher Perspektive zu untersuchen, welche Faktoren zur Wahl welcher Partei geführt haben. Dieser Ansatz wird auch einige Anhaltspunkte liefern, um die fundamentalen Veränderungen des elektoralen Parteiensystems besser zu verstehen, die die Wählerschaft bei dieser Wahl herbeigeführt hat.

Grundlage der Analyse ist eine während des Wahlkampfes durchgeführte Befragung von wahlberechtigten Bürger:innen. Die Erhebung wurde online durchgeführt und basiert auf einer Quotenstichprobe.[2] Diese ist gut zur Analyse der Zusammenhänge zwischen Wahlentscheidungen und ihren möglichen Hintergründen geeignet, aber weniger gut für die Abbildung von Verteilungen dieser Merkmale in der Wählerschaft.[3] Die nachfolgend getroffenen Verteilungsaussagen stützen sich daher überwiegend auf publizierte Befunde qualitativ hochwertiger Meinungsumfragen, die hier nicht im Einzelnen ausgewiesen werden können.[4] Untersucht wird die Wahl aller im Bundestag vertretenen Parteien, mit besonderem Akzent auf SPD und CDU/CSU.

Der wahlsoziologische "Trichter der Kausalität"

Die nachfolgende Analyse der Hintergründe der Parteiwahl orientiert sich im Kern an der wahlsoziologischen Heuristik des "Trichters der Kausalität", [5] erweitert diese jedoch an einigen Stellen, um den institutionellen Charakteristika von Bundestagswahlen und den besonderen Umständen der Bundestagswahl 2021 Rechnung zu tragen. Das resultierende Basismodell individueller Wahlentscheidungen integriert die wichtigsten theoretischen Strömungen der Wahlsoziologie und hat sich bei der Erklärung des Wahlverhaltens bei Bundestagswahlen bewährt. [6] Ihm zufolge sind diese Entscheidungen multikausaler Natur und durch eine umfangreiche Palette von Faktoren erklärbar, die teilweise in einer zeitlichen und ursächlichen Abfolge stehen. Grundlegend für das Modell ist die Unterscheidung zwischen stabilen Langfristfaktoren, die eher indirekt wirken, und situativ wechselhaften Kurzfristfaktoren, die der Wahlentscheidung unmittelbar vorgelagert sind.

Bei den langfristigen Faktoren handelt es sich um fest in der Persönlichkeit verankerte politische Prädispositionen. Sie verweisen auf Konfliktkonstellationen, die in sozialen Strukturen wurzeln und teilweise historisch weit zurückreichen. Diese wurden im Parteienwettbewerb dauerhaft politisiert. Sie haben zur Herausbildung gruppenspezifischer Wahlnormen und affektiver Parteibindungen geführt, die im Zuge der familiären Sozialisation weitergegeben werden und sich dadurch partiell auch von ihren strukturellen Hintergründen abgelöst haben. Bei Wahlen begründen demzufolge *Gruppenzugehörigkeiten* und ihnen nachgelagerte *Parteibindungen* stabile Affinitäten zu bestimmten Parteien, von denen allerdings durchaus auch abgewichen werden kann.

Diese können das Wahlverhalten direkt beeinflussen, indem sie unmittelbar Entscheidungen für bestimmte Parteien nahelegen. Insbesondere steuern sie aber auch als WahrnehmungsfILTER, wie Personen die politischen Informationen verarbeiten, die im Vorfeld von Wahlen auf sie einströmen. Dadurch können sie auch auf indirekte Weise Ausdruck an der Wahlurne finden. Sie sind den für Wahlentscheidungen direkt relevanten, auf die situativen Umstände der jeweils aktuell anstehenden Wahl bezogenen Kurzfristfaktoren vorgelagert und färben diese in mehr oder weniger parteiischer Weise. Das orthodoxe, für US-amerikanische Verhältnisse entwickelte "Trichter"-Modell stellt zwei Arten von Kurzfristfaktoren ins Zentrum: Wahrnehmungen und Einstellungen der Wähler:innen zu den *Kandidierenden* und zu den im zeitlichen Kontext der Wahl wichtigen politischen *Sachproblemen und Streitfragen (Issues)*. Da Bundestagswahlen stets zur Bildung von Koalitionsregierungen führen, müssen bei ihrer Analyse zudem auch die Einstellungen der Wähler:innen zu den verschiedenen *Koalitionsoptionen* berücksichtigt werden.

Sozialstruktur

Inwieweit waren die Entscheidungen für oder gegen die einzelnen Parteien bei der Bundestagswahl 2021 von Zusammenhangsmustern gekennzeichnet, die als Reflexe der Tiefenstruktur soziopolitischer Konfliktlinien (sogenannte Cleavages) verstanden werden können? Die Daten zeigen, dass das Wahlverhalten weitaus stärker mit politischen Einstellungen als mit sozialstrukturellen Merkmalen verknüpft gewesen ist. Irrelevant waren letztere jedoch keineswegs, und die zutage tretenden Effekte entsprechen zumindest teilweise tradierten Mustern sozialstrukturell fundierter Stimmabgabe.

Für die deutsche Politik waren traditionell die sozioökonomische und die konfessionell-religiöse Konfliktlinie prägend. [7] Dass auch diesmal sowohl Mitglieder der katholischen Kirche als auch Kirchgänger eher für die CDU/CSU stimmten, deutet auf die fortbestehende, wenngleich im langfristigen Vergleich geschwächte Relevanz der tradierten konfessionell-religiösen Spannungslinie hin. Bei der Bundestagswahl 2021 stand dem eine ebenfalls schon aus früherer Forschung bekannte, im Vergleich zu

Konfessionslosen erkennbar abgeschwächte Unterstützung sowohl katholischer als auch evangelischer Wähler:innen für die Linke, aber auch die AfD gegenüber.

Die wahlpolitische Relevanz der sozioökonomischen Konfliktlinie ist in den vergangenen Jahrzehnten stärker erodiert. Ihr Kennzeichen war traditionell eine erhöhte Neigung der Arbeiterschaft, aber auch von Gewerkschaftsmitgliedern, zur SPD. Die Betrachtung der Berufsgruppen (aktueller und bei Rentnern früher ausgeübter Beruf) zeigt für die Arbeiter keine statistisch bedeutsam erhöhte Tendenz, die SPD zu wählen, wohl aber eine verminderte Neigung zur CDU/CSU als ihrem wichtigsten Antagonisten. Klarer im Sinne klassischen Cleavage-Wählens ist der positive Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und der Stimmabgabe für die Sozialdemokratie. Insgesamt markanter ist aber, dass neben den Arbeitern auch einfache und mittlere Angestellte und Beamte der Union in geringerem Maße zuneigten als die Selbstständigen. Dieselben Gruppen, ergänzt um die Angestellten und Beamten in hohen Positionen, votierten gleichzeitig deutlich verstärkt für die SPD.

Neben den klassischen Konfliktlinien hat sich in den letzten Jahrzehnten in Westeuropa eine neue Konfliktlinie herausgebildet, über deren Wesen in der Wahlsoziologie noch keine Einigkeit besteht. Sie ist beschrieben worden als Gegensatz zwischen postmaterialistischen, libertären, globalisierungsfreundlichen beziehungsweise kosmopolitischen Haltungen auf der einen Seite und materialistischen, autoritären, globalisierungsfeindlichen beziehungsweise kommunitaristischen Positionen am Gegenpol. Parteipolitisch ist sie definiert durch den Antagonismus zwischen grünen und rechtspopulistischen Parteien.[8] Ihre Wirksamkeit bei der Bundestagswahl 2021 zeigt sich vor allem daran, dass geringer Gebildete eher für die AfD stimmten, hoch gebildete, aber auch jüngere Wähler:innen hingegen eher für die Grünen. Sehr markante, nicht unbedingt auf den "neuen Cleavage" zurückzuführende Zusammenhänge mit dem Lebensalter treten darüber hinaus aber auch bei allen anderen Parteien zutage. Während die Union und in noch weit stärkerem Maße die SPD vor allem von älteren Wähler:innen unterstützt wurden, fanden nicht nur die Grünen, sondern auch die FDP, die Linke und die AfD mehr Rückhalt bei den Jüngeren.

Wenn zusätzlich auch politische Wahrnehmungen und Einstellungen berücksichtigt werden, schwächen sich diese Zusammenhänge mit sozialstrukturellen Merkmalen stark ab, oft verschwinden sie ganz. Das deutet darauf hin, dass ihre Wirkungen auf das Wahlverhalten ganz oder teilweise durch politische Einstellungen vermittelt wurden.

Parteibindungen

Ebenso wie in vielen anderen westlichen Demokratien haben sich auch in Deutschland die affektiven Parteibindungen während der vergangenen Jahrzehnte im Zuge eines langfristigen Erosionsprozesses (sogenanntes *dealignment*) deutlich abgeschwächt, wenngleich nicht kontinuierlich, sondern in Phasen, und zumindest bis zur Bundestagswahl 2017 auch noch nicht bis zur Stufe mehrheitlicher parteipolitischer Bindungslosigkeit der Wählerschaft.[9]

Langfristig stabile Parteibindungen haben auch bei der Bundestagswahl 2021 zu den dominanten Prägekräften des Wahlverhaltens gehört. Ihre Bedeutung war jedoch nicht für alle Parteien gleich groß. Der SPD scheint es besonders gut gelungen zu sein, ihr Kernpotenzial affektiv gebundener Wähler:innen zu aktivieren. Das zeigt sich besonders deutlich im direkten Vergleich mit der CDU/CSU, die diesmal offenbar Schwierigkeiten hatte, die eigenen Anhänger:innen zu mobilisieren. Bei der vorangegangenen Bundestagswahl war das noch umgekehrt gewesen.[10] Aus – allerdings weitaus schmälere – Reservoirs treuer Parteianhänger:innen speisten sich aber auch die Stimmenanteile der kleineren Parteien in nicht geringem Maße. Gleichzeitig waren die

festen Anhänger aller Parteien deutlich weniger für konkurrierende Parteien erreichbar als die wachsende Gruppe der parteipolitisch Ungebundenen. Die massiven Verschiebungen der Stimmenanteile zwischen den Parteien dürften also vor allem auf das Konto derjenigen Stimmbürger:innen gehen, die sich nicht an eine Partei gebunden fühlten.

Spitzenkandidat:innen

Die Personalisierungsthese behauptet, dass die Erosion affektiver Parteibindungen zu einer größeren Bedeutung der Einstellungen zu den Kandidierenden geführt habe. Wahlergebnisse würden deswegen immer stärker davon geprägt, wie populär die Spitzenkandidat:innen der Parteien in der Wählerschaft sind.[11] In Deutschland ist hierbei vor allem an die Kandidierenden für die Kanzlerschaft zu denken. Diese traten bei der Bundestagswahl 2021 erstmals als Trio auf, weil neben CDU/CSU (CDU-Chef Armin Laschet) und SPD (Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz) auch die Grünen in Gestalt ihrer Co-Vorsitzenden Annalena Baerbock eine Aspirantin auf das Kanzleramt nominiert hatten. Im Wahlkampf Spitzenkandidierende als Gesicht der Partei zu präsentieren, ist aber auch bei den kleineren Parteien selbstverständliche Praxis, selbst wenn diese keine Aussichten haben, die Führung der Bundesregierung zu übernehmen.

Die empirische Evidenz zur Personalisierungsthese ist nicht eindeutig. Insgesamt deutet sie eher auf ein Auf und Ab des Kandidierendeneffekts hin, je nach Persönlichkeit und Umständen der Wahl. Fest steht jedoch, dass die scheidende Bundeskanzlerin Angela Merkel zumindest seit der Bundestagswahl 2009 immer außerordentlich beliebt gewesen ist und dass sich diese Popularität in starker elektoraler Unterstützung für die CDU/CSU niedergeschlagen hat. Ihre wechselnden sozialdemokratischen Herausforderer (Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmeier, Martin Schulz) erschienen den Wähler:innen stets weniger attraktiv und brachten der SPD nicht viele zusätzliche Stimmen.[12]

Bei der Bundestagswahl 2021 verkehrte sich dieses Muster in sein Gegenteil. Die vorliegenden Daten deuten darauf hin, dass Armin Laschet, der schon bei seiner Wahl zum Parteivorsitzenden, dann erneut bei seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten und schließlich auch während des gesamten Wahlkampfs in seiner eigenen Partei (und erst recht in der Schwesterpartei CSU) niemals unangefochten war, der Union keine einzige zusätzliche Stimme gebracht hat, sondern im Gegenteil möglicherweise sogar Wähler:innen veranlasst hat, lieber für die Grünen zu stimmen. Bundesfinanzminister Olaf Scholz, der schon ein Jahr vor der Wahl unstrittig nominierte Kanzlerkandidat der SPD, trat hingegen in zweierlei Hinsicht in die Fußstapfen seiner Noch-Regierungschefin: durch sein hohes Ansehen in der Wählerschaft, das zwar nicht an die Spitzenwerte der Amtsinhaberin heranreichte, aber deutlich höher war als das seiner beiden Konkurrent:innen, und durch das große Gewicht dieser Einstellungen für die Wahlentscheidungen. Selbst bei Berücksichtigung des Anteils dieser Popularität, der auf die Filterwirkung von Bindungen an die SPD zurückzuführen ist, profitierten die Sozialdemokraten enorm von dem Umstand, dass die Wählerschaft ihren Frontmann mehrheitlich den beiden Konkurrent:innen als Regierungschef vorzog. Wer die grüne Spitzenkandidatin im Kanzleramt sehen wollte, votierte deutlich eher für ihre Partei und nicht für die SPD. Präferenzen für Armin Laschet hingegen kosteten weder die SPD noch die Grünen Stimmen.

Im Hinblick auf die Kanzlerkandidaten scheint es also bei der Bundestagswahl 2021 eine Art Rollentausch zwischen Union und SPD gegeben zu haben. Während die Sozialdemokraten viele Stimmen dem öffentlichen Ansehen ihres Spitzenkandidaten Olaf Scholz verdankten, war dessen Wettbewerber Armin Laschet für die Union eher eine Hypothek. Auch die Noch-Amtsinhaberin Angela Merkel war bei den Wähler:innen weitaus beliebter als der auf ihre Nachfolge hoffende Kandidat ihrer Partei. Was erklärt diese Diskrepanz? Betrachtet man die Bewertungen Merkels und Laschets im direkten Vergleich,

so zeigt sich, dass Laschet vor allem bei Frauen und noch ausgeprägter bei jüngeren Wähler:innen sehr viel geringere Wertschätzung erfuhr als Merkel.

Auch Personen, die in der Covid-19-Pandemie restriktive Maßnahmen einer Politik der Lockerungen vorzogen, die Zuwanderung erleichtern wollten und weitreichende staatliche Vorgaben in der Klimapolitik favorisierten, beurteilten Merkel deutlich positiver als Laschet. Etwas weniger ausgeprägt zeigt sich ein ähnliches Muster für Personen, die einer großzügigeren Sozialpolitik den Vorzug vor Steuererleichterungen gaben. Vor allem bei Wähler:innen mit gesellschaftspolitisch, aber auch sozioökonomisch linken Einstellungen blieb Laschets Ansehen also weit hinter Merkels Beliebtheit zurück. Auch wurde Angela Merkel im Vergleich zu Armin Laschet umso günstiger gesehen, je positiver die Leistungen der von ihr geführten Bundesregierung bewertet wurden.

Da Angela Merkel bei der Bundestagswahl 2021 nicht mehr zur Wiederwahl stand, sollten ihre Bewertungen eigentlich keine Effekte auf Wahlentscheidungen ausgeübt haben. Allerdings zeigt sich, dass Wähler:innen trotzdem an sie dachten, als sie ihre Stimme abgaben. Anders als bei den drei Bundestagswahlen zuvor, als sie im Wahlkampf unangefochten an der Spitze der Union stand, kam ihre große Beliebtheit dieses Mal jedoch nicht der eigenen Partei zugute, sondern der wichtigsten Konkurrenzpartei unter Führung ihres Vizekanzlers Olaf Scholz, der sich zudem auch in seiner Selbstpräsentation als Kanzlerkandidat an ihrem Vorbild zu orientieren schien. Der Effekt ist nicht groß, aber statistisch signifikant. Diejenigen, die Merkel auf der Bewertungsskala das Prädikat +5 zuerkannten, hatten eine um einen vollen Prozentpunkt höhere Neigung, für die SPD zu stimmen, als Personen, die sie sehr negativ beurteilten (-5). Die gerechneten Modelle legen den Schluss nahe, dass dieser Effekt mit der Beurteilung der Performanz der Bundesregierung zusammenhing.

Die Bewertungen der Spitzenkandidat:innen der kleineren Parteien beeinflussten das Wahlverhalten in deutlich geringerem Umfang als die Kanzlerpräferenzen. Der stärkste Effekt ist für den FDP-Chef Christian Lindner zu verzeichnen. Dietmar Bartsch von der Linken und Alice Weidel von der AfD waren beachtlichen Anteilen der Wählerschaft gar nicht bekannt, und für diejenigen, die sich zu einem Urteil in der Lage sahen, sind nur schwache Effekte zu verzeichnen.

Issues

Um die Bedeutung politischer Issues – lösungsbedürftiger Sachprobleme und Streitfragen – abzuschätzen, muss differenziert vorgegangen werden. "Positionsissues" beziehen sich auf richtungspolitisch umstrittene Problemfelder, bezüglich derer die Wähler:innen gegensätzliche Präferenzen und die Parteien entsprechend unterschiedliche Politiken im Angebot haben, sodass sich Wahlentscheidungen am Kriterium der größten politischen Nähe ausrichten können. Wählen auf Basis von "Valenzissues" bezieht sich hingegen nicht auf richtungspolitische Auseinandersetzungen, sondern auf die Leistungen von Parteien als Problemlöser. Diese können retrospektiv oder prospektiv beurteilt werden. Im ersten Fall werden Regierungsparteien für erbrachte Leistungen durch Wiederwahl belohnt und für nicht erbrachte Leistungen durch Stimmenentzug bestraft. Von besonderer Bedeutung ist hierbei oft die Wirtschaftslage. Prospektiv orientiert ist die wahrgenommene Kompetenz von Parteien, für aktuell wichtige Probleme eine Lösung zu finden.

Verglichen mit den Persönlichkeitseffekten der Kandidierenden fallen die Wirkungen der Wahrnehmungen und Einstellungen zu politischen Sachfragen überwiegend schwächer aus. Orientierungen zu Positionsissues, die erhebliche kognitive Anforderungen an die Wähler:innen stellen, haben sich bei früheren Bundestagswahlen als wenig prägend für Wahlentscheidungen erwiesen.[13] Das bestätigt sich auch bei der Bundestagswahl 2021.

Ein klares Muster zeigt sich nur für die Klimapolitik, die auch die Themenagenda der Wählerschaft dominierte. Wer eine zupackendere Politik zur Begrenzung des menschengemachten Klimawandels für erforderlich hielt, unterstützte eher die Grünen, bemerkenswerterweise aber auch die FDP. Wer weniger klimapolitische Eingriffe wollte, tendierte hingegen zur Union. Wahrnehmungen der Wirtschaftslage scheinen bei dieser Wahl ohne Relevanz geblieben zu sein.

Bezüglich der Bedeutung der wahrgenommenen Regierungsperformanz für die Wahlentscheidungen zeigt sich ein ähnlicher Rollentausch zwischen SPD und Union wie bei den Kanzlerpräferenzen. Während langer Jahre großkoalitionärer Partnerschaft mit der Union hatte die SPD darunter gelitten, dass die Wähler:innen ihre Leistungen immer nur dem Konto der Kanzlerinnenpartei CDU/CSU gutzuschreiben schienen. Anders als anscheinend bisweilen von Sozialdemokraten geglaubt, war dieses Muster jedoch nicht einer besonderen "vampiristischen" Fähigkeit Angela Merkels geschuldet; vielmehr war es Ausdruck einer bekannten Gesetzmäßigkeit von Koalitionsregierungen. Da die Wähler:innen bei solchen "Kombi-Regierungen" schwer erkennen können, welcher Partner für welche Leistungen verantwortlich ist, tendieren sie dazu, diese pauschal der Partei des Regierungschefs zuzuschreiben.[14] Möglicherweise hat der bevorstehende Abgang der Kanzlerin dazu geführt, dass die Attributionslogik dieses Belohnungsmechanismus unterbrochen und stattdessen der bisherige Juniorpartner SPD stärker in der Kontinuität der Amtsinhaberin wahrgenommen wurde. Dass der amtierende Vizekanzler mit dem Ziel angetreten war, in der neuen Regierung die Führung zu übernehmen, dürfte diese Übertragung erleichtert haben. Auch gaben die Wähler:innen der SPD für ihre Regierungsarbeit etwas bessere Noten als der CDU und der CSU. Vor diesem Hintergrund profitierte die SPD dieses Mal erheblich stärker von Leistungsbewertungen der amtierenden Regierung als die Union.

Die für alle Parteien gleichermaßen stärkste Bedeutung hatten jedoch die Einschätzungen ihrer Kompetenz, die wichtigsten Probleme des Landes zu lösen. Da die offen erfragten Probleme, auf die sich diese Kompetenzeinschätzungen bezogen, noch nicht codiert worden sind, ist es leider nicht möglich, bereits die wichtige Folgefrage zu beantworten, welche Probleme die Wähler:innen bei ihren Kompetenzzuschreibungen für die verschiedenen Parteien im Sinn hatten. Meinungsumfragen signalisierten jedenfalls vor der Wahl erhebliche Verschiebungen in den Kompetenzzuschreibungen, mit Verlusten der CDU/CSU in lange fast monopolartig besetzten Politikfeldern wie der Wirtschaft und korrespondierenden Verbesserungen bei der SPD.

Die Erweiterung des Parteiensystems durch die rechtspopulistische AfD lässt es notwendig erscheinen, über das wahlsoziologisch orthodoxe Verständnis von Valenzpolitik hinauszugehen. Vorliegende Befunde deuten darauf hin, dass für die Wahl dieser Partei auch Einstellungen zur repräsentativdemokratischen politischen Ordnung selbst von Bedeutung sind.[15] In der Tat machte bei der Bundestagswahl 2021 die Zufriedenheit mit den Leistungen des demokratischen politischen Systems für die Wahl der AfD einen Unterschied, wenngleich nicht sehr deutlich, denn der Effekt ist statistisch nur marginal signifikant. Wie auch schon bei früheren Wahlen zeigten Personen mit geringer Demokratiezufriedenheit eine leicht erhöhte Neigung zu dieser Partei.

Koalitionsbewertungen

Bei der Analyse des Wahlverhaltens bei Bundestagswahlen darf der Umstand nicht ignoriert werden, dass deren Ergebnisse noch nie die Bildung einer Einparteienregierung zugelassen haben. Die Bundesrepublik wurde stets von Koalitionsregierungen regiert, und der langfristige Trend geht infolge fortschreitender Fragmentierung des Parteiensystems zwangsläufig in Richtung immer komplexerer Regierungsbündnisse. Es kann vor diesem Hintergrund nicht überraschen, dass die Wähler:innen nicht nur zu den einzelnen Parteien, sondern auch zu den verschiedenen Koalitionsoptionen Präferenzen entwickeln, und dass diese – als zusätzlicher Faktor neben Orientierungen zu Kandidierenden und Sachfragen – auch ihre Entscheidungen an der Urne beeinflussen können.[16]

Der gescheiterte Versuch, nach der Bundestagswahl 2017 eine Koalition zwischen CDU/CSU, FDP und Grünen zu begründen, kann als Testlauf gedeutet werden, aber vor der Bundestagswahl 2021 signalisierten die Meinungsumfragen schon früh, dass diesmal kaum ein Weg an einer auf Bundesebene nie erprobten Dreiparteienkoalition vorbeiführen würde. Vor der Wahl standen drei Koalitionsmodelle als prinzipiell realisierbare Alternativen im Zentrum der öffentlichen Diskussion: die "Jamaika"-Koalition aus CDU/CSU, Grünen und FDP, die "Ampel"-Koalition mit SPD, Grünen und FDP sowie die "rot-rot-grüne" Koalition ("R2G") mit der Linken anstelle der FDP als drittem Partner. Letztere erwies sich am Ende bei der Wahl als gar nicht mehrheitsfähig, wurde jedoch im Wahlkampf stark von der Union thematisiert, um das eigene Lager zu mobilisieren und der SPD zentristische Wähler:innen abspenstig zu machen.

Von Koalitionspräferenzen getriebene Entscheidungen zugunsten bestimmter Parteien können in expressiver Weise die grundsätzliche Unterstützung bestimmter Koalitionsmodelle ausdrücken oder strategisch motiviert sein, um bestimmten Koalitionen eine Mehrheit zu sichern. Leihstimmen für einen gewünschten Juniorpartner, der an der Fünfprozenthürde zu scheitern droht,[17] konnten 2021 allenfalls für die Linke sinnvoll erscheinen (die dann ja auch tatsächlich weniger als fünf Prozent der Zweitstimmen erreichte). Konsistent mit dieser Vermutung, jedoch nicht als eindeutiger Beleg wertbar, zeigen die diesem Beitrag zugrundeliegenden Analysen, dass Präferenzen für die "R2G"-Koalition in der Tat die Wahrscheinlichkeit einer Stimme für die Linke deutlich erhöht haben. Gegenmobilisierungseffekte, wie sie die CDU/CSU wohl mit ihrer rhetorischen Beschwörung dieses "Linksbündnisses" stimulieren wollte, zeigen sich hingegen allenfalls bei der Wahl der FDP, aber nicht der Union selbst. Keine Anzeichen finden sich für eine Form des strategischen Wählens, die manchen Wähler:innen in der besonderen Konstellation dieser Wahl hätte sinnhaft erscheinen können: die Unterstützung des Seniorpartners der bevorzugten Koalition, um diesen zur insgesamt stärksten Partei zu machen und so seinen Anspruch zu legitimieren, bei den absehbar komplizierten Koalitionsverhandlungen den ersten und möglicherweise entscheidenden Zug zu machen. Die Union profitierte lediglich von Wähler:innen, die eine "Ampel"-Koalition ablehnten, aber nicht von Befürwortern einer von ihr selbst geführten "Jamaika"-Koalition. Wer diese Option besonders gut fand, tendierte stattdessen stark zur Wahl der FDP. Positive Einstellungen zu einer "Ampel"-Koalition begünstigten zwar die Wahl der SPD, aber im fast gleichen Maße ebenso auch die Wahl der Grünen.

Fazit

Obwohl die Bundestagswahl 2021 das Parteiensystem umgepflügt hat wie kaum ein Wahlgang zuvor, waren die Hintergründe des Wahlverhaltens doch durch etliche bekannte Muster geprägt. Selbst Spuren traditionellen Cleavage-Wählens sind nach wie vor beobachtbar. Markanteste Eigenheit des Stimmverhaltens bei dieser Wahl ist der Rollentausch von SPD und CDU/CSU, der eng mit dem Umstand verknüpft sein dürfte, dass zum ersten Mal eine Regierungschefin keine Wiederwahl anstrebte. In verschiedener Hinsicht hatte das Ende der Merkel-Ära günstige Folgen für die SPD und ungünstige für die CDU/CSU. Die Sozialdemokraten gewannen viele zusätzliche Stimmen aufgrund des hohen öffentlichen Ansehens ihres Kanzlerkandidaten Olaf Scholz, während Armin Laschet der Union keine zusätzlichen Wähler:innen brachte, sondern ihr möglicherweise sogar Verluste durch Mobilisierungsschwäche bei ihren parteigebundenen Anhänger:innen sowie Abwanderungen zu anderen Parteien eintrug. Neben der Schwäche des Unionskandidaten (und einer weiteren Schwächung durch eigenes, innerparteiliches und mediales Zutun) könnte hierbei der Umstand eine Rolle gespielt haben, dass Scholz als Vizekanzler der letzten Merkel-Regierung einen Amtsinhaber-Bonus reklamieren konnte, während es auf Unionsseite keinerlei personelle Kontinuität zur bisherigen Regierung gab. Diese ungewöhnliche Konstellation könnte auch den Transfer der Performanzbewertungen für diese unionsgeführte Regierung aufs Konto des Juniorpartners SPD begünstigt haben. Sachpolitisch scheint vor allem die Diskussion um die Klimapolitik für Wahlentscheidungen bedeutsam gewesen zu sein.

Wegen der großen Bedeutung der Kanzlerkandidat:innen lassen sich die Befunde als Bekräftigung der Personalisierungsthese des Wahlverhaltens deuten. Für die ehemals dominanten Volksparteien signalisieren sie eine ungewisse Zukunft. Dass die SPD deutlich besser abschnitt, als es frühere Wahlergebnisse und Umfragen bis vor kurzem noch erwarten ließen, ist in erster Linie der Attraktivität ihres Kanzlerkandidaten geschuldet. Dass sie sich auf diesem Niveau stabilisiert, ist keineswegs gewährleistet. Abhängig von den situativen Umständen kann sie sich vielleicht sogar noch weiter verbessern; mindestens ebenso wahrscheinlich ist aber auch ein erneuter Niedergang der Unterstützung, vor allem, wenn die Popularität des Spitzenkandidaten nachlässt.

Die Sozialdemokraten hatten bereits viel Zeit, sich an die Existenz als "mittelstarke" Partei zu gewöhnen. Der Union steht das noch bevor. Dass ihr Wahlergebnis so katastrophale Züge annahm, ist zu einem Teil ihrem Spitzenkandidaten zuzuschreiben. Die langfristige Betrachtung legt jedoch die Vermutung nahe, dass der relativen Stärke der Union bei den vorangegangenen Wahlen bereits das Potenzial zum jetzt erfolgten Niedergang innewohnte. Einiges deutet darauf hin, dass dies schon nicht mehr die gewohnte inhärent stabile Stärke einer Volkspartei gewesen sein könnte, sondern nur die flüchtige Stärke einer Partei, die auf Zeit von einer außergewöhnlich beliebten Regierungschefin profitierte. Bürger:innen und Parteien tun also gut daran, sich auf eine Fortsetzung der wahlpolitischen Achterbahnfahrt einzustellen.

Fußnoten

1. Vgl. Rüdiger Schmitt-Beck et al. (Hrsg.), *The Changing German Voter*, Oxford 2022 (i.E.).
2. Es handelt sich um das GLES-Tracking T50 (ZA7708), das vom 15.9.–24.9.2021 erhoben wurde. Der Autor ist den Kolleg:innen von der GLES und der GESIS (Marc Debus, Thorsten Faas, Sigrid Roßteutscher, Harald Schoen, Manuela Blumenberg) für den Zugang zu einer Vorabversion des Datensatzes zu großem Dank verpflichtet. Die tabellarischen Befunde der berichteten Auswertungen sind zu finden unter: (http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/misc/Schmitt-Beck_Wahlpolitische_Achte

- [rbahnfahrt_Tabellenanhang.pdf](#)).
3. Vgl. Evelyn Bytzek/Ina Bieber, Does Survey Mode Matter for Studying Electoral Behaviour? Evidence From the 2009 German Longitudinal Election Study, in: Electoral Studies 43/2016, S. 41–51.
 4. Siehe hierzu das Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen und den Deutschlandtrend von Infratest dimap: (<http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Politbarometer/>); (<http://www.infratest-dimap.de>).
 5. Vgl. Angus Campbell et al., The American Voter, New York 1960, S. 24–32.
 6. Vgl. Hans Rattinger et al., Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009, Baden-Baden 2011, S. 147–263; Rüdiger Schmitt-Beck et al., Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Baden-Baden 2014, S. 179–324; Sigrid Roßteutscher et al., Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017, Baden-Baden 2019, S. 181–355.
 7. Vgl. Martin Elff/Sigrid Roßteutscher, All Gone? Change and Persistence in the Impact of Social Cleavages on Voting Behavior in Germany Since 1949, in: Rüdiger Schmitt-Beck et al. (Anm. 1).
 8. Vgl. Robert Ford/Will Jennings, The Changing Cleavage Politics of Western Europe, in: Annual Review of Political Science 23/2020, S. 295–314.
 9. Vgl. Kai Arzheimer, Another Dog That Didn't Bark? Less Dealignment and More Partisanship in the 2013 Bundestag Election, in: German Politics 1/2017, S. 49–64; Roßteutscher et al. (Anm. 6), S. 207–217.
 10. Vgl. Roßteutscher et al. (Anm. 6), S. 207–217.
 11. Vgl. Diego Garzia/Frederico Ferreira da Silva/Andrea De Angelis, Partisan Dealignment and the Personalisation of Politics in West European Parliamentary Democracies, 1961–2018, in: West European Politics 2020, doi:10.1080/01402382.2020.1845941 (online first).
 12. Vgl. Rattinger et al. (Anm. 6), S. 205–221; Schmitt-Beck et al. (Anm. 6), S. 267–279; Roßteutscher et al. (Anm. 6), S. 247–261.
 13. Vgl. Rattinger et al. (Anm. 6), S. 179–190; Schmitt-Beck et al. (Anm. 6), S. 239–265; Roßteutscher et al. (Anm. 6), S. 229–294.
 14. Vgl. Heike Klüver/Jae-Jae Spoon, Helping or Hurting? How Governing as a Junior Coalition Partner Influences Electoral Outcomes, in: Journal of Politics 4/2020, S. 1231–1242.
 15. Vgl. Heiko Giebler et al., Nicht ich, sondern wir! Gruppenbezogene Unzufriedenheit als zentrales Bindeglied zwischen populistischen Einstellungen und Wahlpotenzial für die AfD, in: Wolfgang Schroeder/Bernhard Weißels (Hrsg.), Smarte Spalter. Die AfD zwischen Bewegung und Parlament, Bonn 2019, S. 81–104.
 16. Vgl. Evelyn Bytzek, Koalitionspräferenzen und Wahlentscheidungen, in: Bernhard Weißels/Harald Schoen (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017, Wiesbaden 2021, S. 99–114; Sascha Huber/Robert Welz, Dynamics of Coalition Preferences and Vote Choices, in: Rüdiger Schmitt-Beck et al. (Anm. 1).
 17. Vgl. Lukas Stötzer et al., Leihstimmen im Bundestagswahljahr 2013, in: Politische Psychologie 1/2015, S. 88–107.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Der Name des Autors/Rechteinhabers soll wie folgt genannt werden: [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)
 Autor: Rüdiger Schmitt-Beck für Aus Politik und Zeitgeschichte/bpb.de

Online-URL

<http://www.bpb.de/apuz/343500/wer-waehlte-wen-bei-der-bundestagswahl>

Impressum

Diensteanbieter
gemäß § 5 Telemediengesetz (TMG)
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn
redaktion@bpb.de